

Demokratie der Weg : Sozialismus das Ziel

Autor(en): **Schelker, Markus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Demokratie der Weg — Sozialismus das Ziel

Die Entwicklung des Sozialismus in Österreich

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts drangen die Ideen Weitlings und anderer vormarxistischer Kommunisten über die Schweiz nach Österreich vor, obwohl Metternich auf die Verbreitung dieser Ideen die Todesstrafe gesetzt hatte. Weitlings Gedankengut blieb jedoch auf einzelne Intellektuelle und fortschrittlich gesinnte Handwerker beschränkt.

Wie überall trug auch in Österreich die Revolution von 1848 einen bürgerlichen Charakter. Die Arbeiterschaft war – wenn man von einzelnen Ausnahmen, wie etwa der Wiener Buchdruckergewerkschaft, absieht – noch völlig unorganisiert. Zur Revolutionszeit kam es zur Gründung verschiedener Arbeitervereine, unter denen Friedrich Sanders «Erster allgemeiner Arbeiterverein» der bedeutendste war.

Die nächsten zwanzig Jahre waren eine Zeit des Kampfes gegen die reaktionäre Regierung und eine Periode ideologischer Auseinandersetzungen, während der sich die Keimzellen der Arbeiterbewegung nur sehr langsam entwickelten. Als 1867 die Vereins- und Versammlungsfreiheit dekretiert wurde, nahm die Sozialdemokratie mit der Gründung von Arbeitervereinen in Wien und in den Ländern der Donaumonarchie einen beachtlichen Aufschwung. Ein «Manifest an das arbeitende Volk Österreichs» wurde ausgearbeitet, in dem unter anderem die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gefordert wurde. 1868 gab die Sozialdemokratische Partei ihr erstes Programm heraus, das auf den Ideen Lassalles fußte. Die Sozialdemokratische Partei war damals ein recht heterogenes Gebilde, das sich aus Vertretern der verschiedenen Arbeiterorganisationen zusammensetzte.

Kampf nach außen – Zwist in den eigenen Reihen

Mit diesem Schlagwort könnte man die Situation der österreichischen Sozialdemokratie in der Zeit von 1870 bis 1889 umschreiben. Über den Begriff «Vereins- und Versammlungsfreiheit» zu jener Zeit darf man sich allerdings keinen demokratischen Illusionen hingeben. Polizeischikanen und Regierungsdekrete gegen sozialistische Versammlungen und Führer der Arbeiterbewegung waren an der Tagesordnung. So wurden 1870 verschiedene Arbeiterführer im Hochverratsprozeß zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie im Rahmen einer ruhig verlaufenen Arbeiterdemonstration vor dem

Parlament eine Bittschrift an die Regierung unterzeichnet hatten! Mit diesem Hochverratsprozeß begann die Verfolgung der Arbeiterbildungsvereine. Dies war die eine Folge des Prozesses. Als zweite Folgeerscheinung machten sich Differenzen innerhalb der Partei bemerkbar. Aus den sehr heftig ausgetragenen persönlichen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten entwickelte sich schließlich eine Spaltung in zwei Fraktionen, in Radikale und Gemäßigte.

Die Radikalen hatten sich die Theorien des deutschen Anarchisten Johann Most zu eigen gemacht und riefen zu einem Kampf mit allen Mitteln gegen die Regierung auf. Sie stellten den individuellen Terror über die Macht der organisierten Arbeiterschaft.

Die Gemäßigten hielten sich auf der ideologischen Linie der deutschen Sozialisten, wie Bebel, Wilhelm Liebknecht, Kautsky und Bernstein.

Die Radikalen entfalteten eine rege illegale Agitationstätigkeit und erzielten auch gewisse Erfolge beim Proletariat. Doch die österreichische Arbeiterbewegung war zerrissen in einem Augenblick, da die Regierung unter Taaffe immer schärfere Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft ergriff, mit Ausnahmezustand und Sozialistengesetz hantierte. Die Regierung ging in ihrem Kampf so weit, die beiden Fraktionen der Arbeiterbewegung gegeneinander auszuspielen! In dieser für die österreichische Sozialdemokratie sehr gefährlichen Situation tauchte Dr. *Viktor Adler* am sozialistischen Firmament auf. Adler wurde 1852 als Sohn reicher Eltern in Prag geboren. In seinen jungen Jahren war er vorerst ein Anhänger der Deutschnationalen, doch wandte er sich schon bald dem Sozialismus zu. Ihm war es beschieden, aus den Trümmern der alten österreichischen Arbeiterbewegung eine neue Sozialdemokratische Partei zu schaffen, die dereinst zu einer der größten der Welt werden sollte. Am 11. Dezember 1887 erschien zum ersten Male Adlers Wochenblatt «Die Gleichheit», das über den streitenden Fraktionen stand. Unter Adlers Leitung fanden 1887/88 Einigungskonferenzen zwischen den Fraktionen statt. Mit dem

Einigungsparteitag von Hainfeld (1888/89)

wurde ein endgültiger Schlußstrich unter eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung gezogen und der Grundstein zu einem starken Bollwerk des Sozialismus gelegt. In einer Prinzipienklärung wurden die Grundsätze, Forderungen und Ziele der Partei festgelegt: Verstaatlichung, allgemeines Wahlrecht, Arbeitsschutz; Presse- und Versammlungsfreiheit, allgemeine konfessionslose Volksschule, Schaffung eines Volksheeres und Abschaffung des stehenden Berufsheeres. Die Einigung machte sich sofort sehr positiv bemerkbar. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs beteiligte sich an der Gründung der II. Internationale. In Österreich begannen politische und ökonomische Auseinandersetzungen großen

Stils. Die 1890 zum ersten Male durchgeführte Maifeier stand im Zeichen eines gewaltigen Agitationsfeldzuges für den Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht. Die Partei festigte sich zusehends, obwohl sich bereits einige nationale Gegensätze zwischen Tschechen und Deutschösterreichern abzeichneten. 1894 wurde eine neue Parteiorganisation beschlossen, deren wesentlichstes Merkmal das auch heute noch in fast allen sozialdemokratischen Parteien gebräuchliche Vertrauensmännersystem darstellt. Ein Jahr später wurde das bisherige Wochenblatt «Arbeiter-Zeitung» in ein Tagblatt umgewandelt, womit die Schlagkraft der sozialistischen Presse beträchtlich erhöht wurde.

Vom allgemeinen Wahlrecht zur Republik

1897 wurden in Österreich die ersten Parlamentswahlen durchgeführt, an denen sich auch das Volk beteiligen konnte. Doch waren diese Wahlen noch weit davon entfernt, allgemein zu sein, standen doch 350 Privilegiertenwahlkreisen nur 72 allgemeine Wahlkreise gegenüber. Die Sozialdemokraten erhielten rund 240 000 Stimmen und 14 Sitze im Parlament. Damit waren sie ungefähr gleich stark wie die Christlichsozialen unter Dr. Lueger.

Das neugewählte Parlament stand unter keinem guten Stern. Nationale Gegensätze machten es zu einer Stätte der Obstruktion. Eine Kabinettskrise löste die andere ab. Die Monarchie zerbröckelte. Unterdessen führten die Sozialdemokraten die Agitation für das allgemeine Wahlrecht weiter. Es kam zu Unruhen und Massenversammlungen, bis schließlich im Jahr 1907 das Parlament unter dem Druck des Volkes die Einführung des allgemeinen Wahlrechts beschloß. Noch im gleichen Jahr fanden die ersten wirklichen Volkswahlen statt. Die Sozialdemokraten eroberten über eine Million Stimmen und erhielten 87 Mandate, 52 deutschösterreichische, 24 tschechische, 6 polnische und 5 italienische. Damit hatten sie die Christlichsozialen, denen 560 000 Stimmen zufielen, klar überflügelt. Doch bereits krachte es im Gebälk der Donaumonarchie immer bedenklicher. Die Nationalitätenfrage drängte sich mehr und mehr in den Vordergrund. Auch innerhalb der SP kam es zu nationalen Auseinandersetzungen, die schließlich nach den Wahlen von 1911 dadurch gelöst wurden, daß sich die Partei in nationale Fraktionen aufgliederte.

Wie überall in Europa fanden auch in Österreich sozialistische Kundgebungen gegen die drohende Kriegsgefahr statt. Man klammerte sich an die feierliche Erklärung der Basler Friedenskonferenz der Internationale von 1912. Am 1. Mai 1913 wurden große Protestdemonstrationen gegen die Balkanpolitik der Donaumonarchie und die Kriegshetze der Christlichsozialen veranstaltet. Als der Krieg schließlich trotzdem ausbrach, schickte sich auch die österreichische Sozialdemokratie «ins Unvermeidliche».

Während die deutsche Arbeiterbewegung sich wegen der Kriegsfrage in einen mehrheitssozialistischen und einen linkssozialistischen Flügel aufspaltete, aus dem später eine starke kommunistische Partei herauswuchs, überstand die österreichische Sozialdemokratie den Krieg als eine geeinte Partei. Wohl trat eine linke Gruppe unter Dr. Fritz Adler, dem Sohn Viktor Adlers, in Erscheinung, doch verblieb sie innerhalb der Partei. Ideologisch gehörte diese Gruppe zur Zimmerwalder Mehrheit.

Im Herbst 1918 brach die Donaumonarchie militärisch und politisch zusammen. Ungarn und die Tschechoslowakei wurden selbständige Staaten, Jugoslawien erhielt Kroatien, Slowenien, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina. Zurück blieb ein Rumpfosterreich, in dem es zu Auseinandersetzungen kam zwischen bürgerlichen Gruppen, die für eine konstitutionelle Monarchie eintraten, und den Sozialisten, deren Ziel die Republik war. Unter dem Druck der Arbeiterschaft dankte Kaiser Karl am 11. November ab. Eine provisorische Regierung, der auch zwei Sozialisten, darunter Viktor Adler als Außenminister, angehörten, übernahm die Führung der Staatsgeschäfte. Die Revolution war friedlich zu Ende gebracht worden. Wenige Tage vor der Ausrufung der Republik starb Viktor Adler. Mit ihm verlor die Sozialdemokratische Partei Österreichs den Mann, dem sie zu einem guten Teil ihre Stärke verdankte. Nach den Wahlen von 1918 verblieb die Sozialdemokratische Partei Österreichs in der Regierung. Es entstand eine Reihe vorbildlicher Sozialgesetze: Die Arbeitslosenversicherung und der Achtstundentag wurden eingeführt, Kollektivverträge und ein Betriebsrätegesetz stärkten die Stellung des Arbeiters. 1920 gingen die Sozialdemokraten in Opposition, doch besaßen sie in vielen Städten und Gemeinden die parlamentarische Mehrheit.

Das rote Wien

wurde zu einem leuchtenden Beispiel sozialistischer Verwaltungstätigkeit. Zehntausende von Gemeindewohnungen, Hunderte von Kinderheimen, Parkanlagen und Spielplätzen wurden für die Bevölkerung erstellt. Doch nicht nur auf dem Gebiet der sozialistischen Praxis gaben die österreichischen Sozialdemokraten ihren Freunden im Ausland ein Beispiel, auch auf ideologischem Gebiet gingen sie neue Wege. Otto Bauer und andere schufen eine neue marxistische Richtung, die sich scharf vom Bolschewismus abhob, gleichzeitig aber auch andere Wege ging als der deutsche Revisionismus: *den Austromarxismus*.

Der Austromarxismus stellt gewissermaßen eine Synthese zwischen einem totalen, das heißt alle Sparten des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Sozialismus, und einer demokratischen Staatsform dar.

Auseinandersetzungen mit schwarzen und braunen Faschisten

Kaum war die Republik der Asche der Monarchie entstiegen, machten sich in Österreich einige Wühlmäuse ans Werk, um die Demokratie auszuhöhlen. Doch waren es nicht etwa die Kommunisten, die in Österreich – im Unterschied zur Weimarer Republik – nie eine große Rolle spielten, sondern einige katholische Fanatiker, die geistig noch im Zeitalter der Inquisition beheimatet, sich verpflichtet fühlten, die Sozialdemokraten als «Austrobolschewisten» zu brandmarken und den politischen Katholizismus mit Waffe und KZ zu verbreiten. Diesen Leuten gelang es, die Heimwehr, die ursprünglich eine etwas hurrapatriotische Bürgerwehr darstellte und sich hauptsächlich aus politisch ahnungslosen Bauern und Kleinbürgern zusammensetzte, zu einem gefügigen Kampfinstrument für ihre klerikofaschistischen Ziele zu machen. An der Spitze dieser Heimwehr standen Graf Starhemberg, ein Playboy und politischer Wirrkopf, und der ehemalige k. und k. Major Fey, der sich später bei der Niederwerfung der organisierten Arbeiterschaft im Februar 1934 durch besondere Grausamkeit auszeichnete.

Die Heimwehr, in deren Reihen sich nun auch von Groß- und Kleinkapitalisten besoldete Schläger aller Art befanden, begann in den zwanziger Jahren, zur Zeit der Regierung des Prälaten Seipel, die Arbeiter ständig zu provozieren. Sozialdemokratische Parteiversammlungen wurden gestört, Krawalle und Schlägereien provoziert usw. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten die mit staatlichem Wohlwollen geduldeten Provokationen, als 1927 einige Heimwehrlaute, die auf einen friedlichen sozialistischen Umzug geschossen und dabei eine Frau und ein Kind getötet hatten, vor Gericht freigesprochen wurden! Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der Arbeiter, und es kam in Wien zu einer großen Demonstration und zum sogenannten

Justizpalastbrand.

Die Polizei schoß mit Dum-Dum-Geschossen in die anfänglich wehrlose Menge, und es kam zu Zusammenstößen, bei denen über 70 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, getötet wurden. Dieses Ereignis wäre an und für sich dazu angetan gewesen, das Fanal für einen bewaffneten sozialistischen Umsturz zu bilden. Doch die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs mahnte zur Ruhe und verzichtete auf jede bewaffnete Aktion. Viele sind der Ansicht, daß dies ein entscheidender Fehler der Parteileitung gewesen sei. Jedenfalls sollte sich die sozialdemokratische Engelsgeduld geschichtlich nicht lohnen. Die Heimwehr verstärkte zum Dank ihre Provokationen, und der professionelle Sozialistenhasser Dollfuß holte zu seinen Vernichtungsschlägen gegen das Parlament aus. Im März 1933 gelang es Doll-

fuß, das Parlament auszuschalten und sich zum Diktator zu machen. Den Sozialdemokraten muß in diesem Zusammenhang der Vorwurf gemacht werden, daß sie Dollfuß gewissermaßen den Anlaß dazu lieferten, das Parlament auszuschalten. Als nach einer Abstimmung Uneinigkeit wegen der Gültigkeit eines von einem sozialistischen Abgeordneten abgegebenen Stimmzettels herrschte und sich die Regierung weigerte, das Resultat der Abstimmung, das von dieser einen Stimme abhing, anzuerkennen, trat der Präsident des Nationalrates, Dr. Karl Renner, zurück. Da seine gesetzlichen Nachfolger das gleiche taten, mußte die Sitzung vertagt werden. Diese Situation nützte Dollfuß aus, um das Parlament zu entmachten.

Damit hatte er einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu Österreichs Vernichtung zurückgelegt. Der sinnlose Zweifrontenkrieg der Klerikalfaschisten gegen die Sozialdemokraten einerseits und gegen die Naziverbrecher andererseits endete schließlich mit dem Sieg der Nazi.

Nach dem Staatsstreich bereiteten sich die Klerikofaschisten auf den letzten vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokratie vor, die sie mit demokratischen Methoden niemals besiegen konnten. Am

12. Februar 1934

schlugen sie los. In Linz griffen Heimwehrleute das dortige Arbeiterheim mit Waffengewalt an. In ganz Österreich wurden sozialistische Parteifunktionäre verhaftet. Nun folgten sich die Ereignisse Schlag auf Schlag. In Wien wurde ein Streik der Elektrizitätswerkarbeiter mit der Verhängung des Standrechtes beantwortet! Heimwehrleute verhafteten den greisen Wiener Bürgermeister Karl Seitz und alle sozialistischen Gemeinderäte, derer sie habhaft werden konnten. Doch nun entschloß sich die Sozialdemokratische Partei Österreichs, zurückzuschließen. Der Republikanische Schutzbund, wie die Abwehrorganisation der Sozialisten hieß, nahm unter dem Kommando von Julius Deutsch den Kampf gegen die Klerikofaschisten auf. Die schlechtbewaffneten Schutzbündler verteidigten sich heldenhaft gegen die von Mussolini mit modernen Waffen versehene Heimwehr und die Armee, die mit Kanonen in die Wohnhäuser der Arbeiter schoß. Nach wenigen Tagen brach der Widerstand der Sozialisten zusammen, ein Widerstand, der vom militärischen Gesichtspunkt als hoffnungslos bezeichnet werden mußte, dessen moralischer Wert jedoch für die österreichische Arbeiterbewegung unschätzbar war. Wohl wurden die Partei, ihre Presse und ihre zahlreichen Organisationen verboten, die Führer des Aufstandes hingerichtet, doch war die Sozialdemokratische Partei Österreichs nicht einfach sang- und klanglos von der politischen Bühne abgetreten wie die SPD im Jahre 1933, sondern sie hatte den Kampf aufgenommen gegen einen militärisch überlegenen Gegner. Nun trat die illegale Organisation der Revolutionären Sozialisten an die Stelle der verbotenen Partei.

Wenig später wurde Dollfuß ermordet – allerdings nicht von den Sozialisten, sondern von den Nazi, die relativ ungestört im Land ihr Unwesen trieben und ständig erstarkten.

Dollfuß' Nachfolger Schuschnigg bewies zwar sehr viel persönlichen Mut gegenüber den Nazi, doch hatte auch er sich einem klerikalen Antisozialismus verschrieben. Österreich geriet immer tiefer in das braune Spinnennetz. Schuschnigg war umgeben von einem Kabinett, das durchsetzt war von Nazi-verrättern. Er löste die Heimwehr auf, weil deren Führer Politik auf eigene Faust zu machen versuchten, und ersetzte sie durch die recht farblose «Vaterländische Front», eine Abwehrorganisation gegen die Nazi, die jedoch selbst nicht ganz rein von Nazi war.

Auf Befehl Hitlers reiste Schuschnigg im Februar 1938 nach Berchtesgaden, wo Österreichs Schicksal endgültig besiegelt werden sollte. Erst jetzt, als es zu spät war, nahm Schuschnigg Besprechungen mit den Führern der illegalen Sozialdemokratie und den heimlichen Sozialisten unter den Gewerkschaftsführern auf, um mit ihnen über ein gemeinsames Aktionsprogramm gegen die Nazi und für die Unabhängigkeit Österreichs zu verhandeln. Schuschnigg hielt seine berühmte Innsbrucker Rede, in der er für die Unabhängigkeit Österreichs eintrat und zum ersten Male versöhnliche Töne gegen die Sozialisten anschlug. Doch die Einsicht kam zu spät. Wenige Tage nachher marschierte Hitlers damals zu 90 Prozent aus Bluff bestehende Armee in Österreich ein, und die SS verfrachtete Sozialisten und Klerikale ins Konzentrationslager. Österreich war untergegangen, weil es seine einzige wirksame Abwehrwaffe, die Sozialdemokratie, zerbrochen hatte.

Nun senkte sich für sieben Jahre die Finsternis der Naziherrschaft über Österreich.

Mitregierung in der II. Republik

Hatten Klerikofaschismus und Hitlers Einmarsch die Organisation der SPÖ zerfetzt, so vermochten sie doch niemals die Idee des Sozialismus auszulöschen, die auch während eines dunklen Jahrzehnts weiterbrannte in den Herzen Tausender. In kleinen Zellen, bei der Geheimorganisation der Revolutionären Sozialisten, bereiteten sie sich vor auf die Freiheit. Als der Krieg zu Ende war, beteiligten sich die Sozialisten auf nationaler Ebene und in den Ländern maßgebend an der Wiederherstellung der Verwaltung. In Wien wurde unter dem Sozialisten Karl Renner eine provisorische Regierung gebildet, die sich paritätisch aus Vertretern der neuentstandenen Österreichischen Volkspartei, der Sozialisten und der Kommunisten zusammensetzte. Die Kommunisten erhielten dank dem Einfluß der russischen Besatzungsmacht die Kontrolle über die Wiener Polizei, die sie bis 1947 behielten, obwohl ihnen bei den ersten Wahlen nur ein kleiner Prozentsatz der Stimmen zufiel. In die-

sen Wahlen von 1945 erhielten die SPÖ 45 Prozent der Stimmen (76 Sitze), die ÖVP 50 Prozent (85 Sitze) und die Kommunisten 5 Prozent (4 Sitze). Die drei Parteien bildeten unter Führung der ÖVP eine Koalitionsregierung, aus der die Kommunisten 1947 ihren einzigen Vertreter zurückzogen, als Innenminister Helmer die Wiener Polizei säuberte. Es ist das historische Verdienst der SPÖ, daß sie sich von Anfang an auf keine Volksfront-Abenteuer einließ und sich klar von den Kommunisten distanzierte. Im Gewerkschaftsbund, der alle politischen Richtungen von den Kommunisten bis zu den Volksparteilern umfaßt, bildete sich eine sozialistische Fraktion heran, die weitaus am stärksten ist und deren Vertreter die meisten wichtigen Gewerkschaftsposten besetzen.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der scharfen Abgrenzung der SPÖ gegenüber den Kommunisten und der Tatsache, daß Österreich als einziges Land, das von der Roten Armee besetzt wurde, heute seine volle Unabhängigkeit besitzt.

Der demokratische Sozialismus ist die einzige Bewegung, die imstande ist, den Kommunismus zu bekämpfen und zu überwinden. Mit dieser Erkenntnis ging die SPÖ als erste sozialistische Partei daran, nach dem Krieg ein neues Programm auszuarbeiten. Das vom Wiener Parteitag im Jahre 1947 angenommene Programm ist ein Bekenntnis zur Demokratie, zur Demokratisierung der Wirtschaft und des Bildungswesens, das im Wahlspruch «Sozialismus das Ziel – Demokratie der Weg» gipfelte. Diesem Programm kommt eine besondere Bedeutung zu, diente es doch als Vorbild für die Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951 (siehe Anhang des Parteiprogramms der SPS von 1959).

Die SPÖ war nach dem Krieg die einzige Partei in Österreich, die geschlossen hinter der Demokratie stand. Die ÖVP als bürgerliches Sammelbecken zählte in ihren Reihen nicht wenige Klerikofaschisten aus der Dollfuß-Ära, die immer noch autoritären Ansichten huldigten und der Demokratie zumindest sehr skeptisch gegenüberstanden. Erst die Wahlen von 1949, die der ÖVP einen merklichen Rückschlag gebracht hatten, führten die Partei als Ganzes auf den Weg der Demokratie. Zur

entscheidenden Auseinandersetzung mit den Kommunisten

kam es im Herbst 1950. Als die Beratungen zum 4. Lohn- und Preisabkommen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften im Gang waren, verkündeten die Kommunisten und die VdU-Leute (heute FPÖ) plötzlich, das Volk «werde hintergangen». Am 26. September organisierten sie einen Volksaufmarsch vor dem Regierungssitz am Ballhausplatz. Nur wenige tausend befolgten die Demonstrationaufrufe. Der Zweck dieser Manöver war, daß man versuchte, die

Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre sozialistischen Führer aufzuhetzen, um so den Gewerkschaftsbund unter kommunistische Führung bringen zu können. Dieser Versuch schlug jedoch dank der aufrechten Haltung der österreichischen Gewerkschafter, die treu zur SPÖ standen, völlig fehl. Daraufhin setzte die KPÖ alles auf eine Karte. Sie richtete an die Regierung ein bis zum 3. Oktober befristetes Ultimatum, die Preiserhöhungen zu widerrufen und die im Abkommen vorgesehenen Lohnerhöhungsquoten zu verdoppeln. Die Regierung antwortete natürlich nicht. Bei der ÖVP bekamen es einige Persönlichkeiten mit der Angst zu tun und versuchten, sich mit den Kommunisten zu arrangieren. Am 3. Oktober kam es zu einem kommunistischen Putschversuch, der jedoch nach wenigen Stunden zusammenbrach, weil sich weder Parteileitung noch die Mitglieder der SPÖ von den Kommunistenbarrikaden beeindrucken ließen und die Streikaufrufe boykottierten. Ohne einen Schuß, allein durch die Treue von Österreichs Arbeiterschaft zu ihrer Partei und zur Demokratie wurde ein Umsturzversuch zunichte gemacht!

Basierend auf dem Verstaatlichungsgesetz von 1946, das gegen den Widerstand der Kommunisten (!) beschlossen worden war, wurden in Österreich die meisten großen Betriebe, insbesondere die der Schwerindustrie, verstaatlicht. Auf sozialem Gebiet konnten durch die Einführung der Arbeiterpensionen, einer alten Forderung der SPÖ, und auf dem Sektor der Gesamtarbeitsverträge bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden. Das Betriebsrätegesetz regelt das Mitspracherecht der Arbeiter in den Betrieben.

1952 wurde Theodor Körner in direkter Volkswahl als Ersatz für Karl Renner zum Bundespräsidenten gewählt. Diese Wahl bedeutete für die SPÖ mehr als einen bloßen Partiererfolg; ihr bekundete das Volk sein Vertrauen, weil ein Sozialist als der wirksamste Garant der Demokratie erschien. Mit dem Staatsvertrag von 1955, um den sich neben Bundeskanzler Raab und Außenminister Figl auch Sozialisten, wie Schärf und Kreisky, verdient gemacht hatten, erhielt Österreich seine volle Souveränität wieder zurück.

Nach Abzug der Besatzungstruppen erlebte die Wirtschaft des Landes einen weiteren Aufschwung, trotzdem weitere Reparationsverpflichtungen gegen Rußland bestanden. Österreich ist heute, 16 Jahre nach dem Krieg, ein aufblühender Staat, der seine Blüte sozialistischen Ideen und ihrer Anwendung verdankt. Die rege Exporttätigkeit der verstaatlichten Großbetriebe beweist klar, daß eine sozialisierte Wirtschaft zu Leistungen imstande ist, die jeden Vergleich mit der Privatwirtschaft aushalten.

Seit dem Krieg regieren ÖVP und SPÖ zusammen in einer Koalitionsregierung. Verschiedene Faktoren dürften mitgespielt haben, daß diese Koalition so lange gehalten hat und immer noch hält. Der wichtigste Grund scheint der zu sein, daß beide Parteien ungefähr gleiche Wählerzahlen erreichen und es keine stärkere Drittpartei gibt – wenigstens vorläufig noch nicht. Zudem

kam es nie zu einer «entente cordiale» zwischen den beiden Koalitionspartnern, sondern man schaut sich gegenseitig auf die Finger wie weiland die Eidgenossen in den gemeinen Herrschaften. Dieses System hat sich auf politischer Ebene im großen ganzen bewährt, weil aus ihm eine nüchterne und darum fruchtbare Zusammenarbeit resultiert. In den Betriebsleitungen der verstaatlichten Betriebe allerdings wirkt sich die «Koalitionitis» nicht überall so segensreich aus. Es zirkuliert in diesem Zusammenhang ein boshafter und sicher stark übertreibender Spruch, der aber doch da und dort zutreffen mag: In jedem Betrieb gibt es drei Direktoren: Einen ÖVP-Mann, einen Sozialisten und eine unpolitische Gestalt, die etwas vom Betrieb versteht . . .

Die SPÖ – ein Musterbeispiel des demokratischen Sozialismus

Die SPÖ ist nach dem Kriege nicht nur auf ideologischem Gebiet zu einem Vorbild für den modernen Sozialismus geworden, sondern auch zu einem Musterbeispiel einer Parteiorganisation. Die SPÖ zählt gegenwärtig fast 800 000 Mitglieder und ist damit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (Österreich: 7,5 Millionen) etwa achtmal stärker als die SPS. In der Internationale steht die SPÖ zahlenmäßig an dritter Stelle hinter England und Schweden. Im Unterschied zu diesen beiden Staaten, deren Parteien die Kollektivmitgliedschaft via Gewerkschaften kennen, setzt sich die österreichische Partei ausschließlich aus Einzelmitgliedern zusammen!

Eine besondere Bedeutung innerhalb der zahlreichen Unterorganisationen kommt der Kinderfreundebewegung zu, die 340 000 Mitglieder zählt. Diese Bewegung leistet auf dem Sektor des Erziehungswesens außerordentlich viel. Zahlreiche Schulungskurse und Praktiken werden organisiert, Kinderheime und Ferienlager geführt usw. Durch die Kinderfreundebewegung konnten der österreichischen Sozialdemokratie viele neue Anhänger zugeführt werden.

Im Zeitalter der Hochkonjunktur hängt der Erfolg der sozialistischen Bewegung so stark von ihrer kulturellen Aktivität ab wie von der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit! Wo der Sozialismus in materiellen Belangen erstarrt, wird er absterben, weil er so nur ein Teil seiner selbst ist. Dies sollten wir uns in der Schweiz unbedingt hinter die Ohren schreiben.

Schon seit jeher haben die österreichischen Sozialisten der Frauenbewegung in ihren Reihen eine besondere Beachtung geschenkt. In allen Parteiorganisationen bestehen besondere Frauenkomitees, die sich mit den politischen und humanen Aufgaben der Frau auseinandersetzen. Höchste Instanz ist das Frauen-Zentralkomitee.

Es würde zu platzraubend sein, wollte man alle weiteren sozialistischen Organisationen aufzählen, die in Oesterreich bestehen. Neben einem starken Konsumverband mit 378 000 Mitgliedern, dem Arbeiterbund für Sport und

Körperkultur (313 000 Mitglieder), einem großen Reisebüro und verschiedenen Verlagen gibt es noch zahlreiche Lehrer-, Studenten- und Mittelschülervereinigungen, Mietvereine usw.

Die friedliche, demokratische Kampffront der Sozialisten Österreichs sprengt den Rahmen gewerkschaftlicher und parlamentarischer Tätigkeit: sie dringt vor in alle Bereiche der Gesellschaft, deren Umbau zu einer neuen sozialistischen Form des Zusammenlebens sie anstrebt.

Bibliographie: Ludwig Brügel: «Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.» 5 Bände. Wien 1922–1925. – Adolf Schärf: «Österreichs Erneuerung 1945–1955.» Das erste Jahrzehnt der II. Republik. Wien 1955. – Julius Deutsch: «Der Bürgerkrieg in Österreich.» Karlsbad 1934. – Gedye G. E. R.: «Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrante.»

ROLF REVENTLOW

Und der heiße sozialistische Sommer begann . . .

In heißen Ländern pflegt man, bei Arbeit und bei der Politik, Pausen einzulegen, um in frischeren Stunden leistungsfähig zu sein. Auch die Sommermonate zählen – zumindest in der Politik – allgemein zur Pausenzeit. Man schiebt die Auseinandersetzungen zwischen Parteien oder zwischen Parteigenossen auf kühlere Tage auf und versucht, den Kreislaufstörungen durch Ruhe entgegenzuwirken.

Nicht so in diesem Sommer 1963 im Bereich der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI). Kaum war die Einparteienregierung Leone gebildet und dank der negativen Unterstützung durch Enthaltung der Republikaner, der Sozialisten und der Sozialdemokraten in ihrer provisorischen Existenz als Übergangsregierung gesichert, begann die Diskussion zwischen jenen, die eine Regierung Moro der Linken Mitte unterstützen wollten und jenen, die die bereits ausdiskutierten Vereinbarungen mit Moro ablehnten. Es kam zu einem Bruch in jener Gruppe dieser Partei, die man allgemein als die «Autonomen» (autonom von den Kommunisten) bezeichnet. Nenni hat mit seinen Freunden die Bedingungen ausgehandelt. Er verfügte über 34 Mitglieder des Zentralkomitees und damit über die Mehrheit. Aber es brachen unter Führung des «jungen Mannes» der Autonomen, Riccardo Lombardi sieben dieser Vorstandsmitglieder aus. Die Vorbehalte, die auch Nenni gewissen Bedingungen der Christdemokraten gegenüber machte, wurden bei Lombardi zu unübersteigbaren Hindernissen. Die Verhandlungen über die Regierung der Linken Mitte waren beendet, Moro gab seinen Auftrag an den Staatspräsidenten zurück, die Übergangsregierung Leone wurde gebildet.